

Was beim Klimagipfel auf dem Spiel steht

Die Erwartungen von Brot für die Welt an den 23. Weltklimagipfel der Vereinten Nationen

Vom 6. bis 17. November kommen die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 2017 zum 23. Mal zu einem Weltklimagipfel (COP23) in Bonn zusammen.

Dem Gipfeltreffen wird eine große Bedeutung zugemessen, da noch viele Modalitäten und technische Details geklärt werden müssen, damit das Pariser Klimaabkommen seine Wirkung in vollem Umfang entfalten kann. Beim Weltklimagipfel der Vereinten Nationen (COP21) im November 2015 haben alle 195 Staaten das Pariser Klimaabkommen verabschiedet. In dem ersten völkerrechtlich verbindlichen Klimavertrag verpflichten sich die Staaten, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad oder auf möglichst unter 1,5 Grad zu beschränken.

Das Pariser Klimaabkommen trat am 4. November 2016 in Kraft, nachdem die notwendige Zahl von Ratifizierungen erreicht worden war: Mindestens 55 Staaten, die mindestens 55 Prozent der globalen

Treibhausgasemissionen verursachen, waren zu diesem Zeitpunkt dem Abkommen beigetreten.

Die Präsidentschaft der diesjährigen Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) hat der pazifische Inselstaat Fidschi inne. Damit sitzt zum ersten Mal in der 23-jährigen Geschichte von UN-Klimagipfeln ein kleiner Inselstaat an der Spitze der Verhandlungen. Bisher hatten sich sehr kleine und besonders arme Staaten nicht getraut, die Verhandlungen zu leiten. Das lag auch daran, dass sie keinen geeigneten Ort für die erwarteten rund 20.000 Gipfelteilnehmer stellen können. Damit Fidschi in diesem Jahr die Präsidentschaft übernehmen kann, wurde als Austragungsort Bonn, Sitz des UN-Klimasekretariats, festgelegt.

Deutschland ist demnach nicht Gastgeberland, denn die Verhandlungen werden auf dem UNO-Gelände ausgetragen, also auf extraterritorialem Gebiet, das zu keinem Land gehört. Dennoch nimmt

die deutsche Bundesregierung ihre Gastgeberrolle wahr und unterstützt den Inselstaat beim Ausrichten der Konferenz. Beispielsweise stellt sie zahlreiche und diverse Dialog- und Eventforen bereit. Die Zivilgesellschaft führt zahlreiche Aktionen wie eine Demonstration mit Kundgebung durch.

Inselstaat Fidschi ist Gastgeber der COP23

Die Verletzlichkeit gegenüber dem Klimawandel

Der kleine Inselstaat Fidschi ist besonders vom Klimawandel betroffen. Zum einen durch plötzlich auftretende Wetterextreme wie Zyklone, die in immer stärkeren und höheren Frequenzen auftreten, beispielsweise der Zyklon Pam im März 2015 oder Zyklon Winston im Februar 2016. Zyklon Winston war der erste aufgezeichnete Wirbelsturm, der mit einer Stärke der Kategorie 5 auf der australischen Intensitätsskala Spitzenwindgeschwindigkeiten von 285 Stundenkilometern und einem zentralen Luftdruck von 915 Hektopascal in Fidschi auf Land traf.

Außerdem bereiten langfristige klimabedingte Veränderungen wie der Meeresspiegelanstieg den Inselanern bereits heute große Probleme. Das Dorf Vunidogoloa auf Vanua Levu in Fidschi wurde bereits 2012 berühmt. Es ist das erste Dorf, das klimawandelbedingt von der Küste einige Kilometer bergauf umsiedeln musste. Die Umsiedlungskosten von rund 370.000 US-Dollar bezahlte zu einem Drittel das Dorf selbst, der Rest wurde von der Regierung Fidschis übernommen.

Finanzierung von Klimaschäden

Die Aufzeichnungen belegen, dass seit 1993 der Meeresspiegel im westlichen Fidschi jedes Jahr um 4,6 Millimeter im Durchschnitt gestiegen ist. Laut dem Pazifischen Kirchenrat müssten bereits jetzt 45 Dörfer umgesiedelt werden, weil sie extrem vom Klimawandel bedroht sind. Die Regierung Fidschis hat diese Schutzlücke erkannt und arbeitet an Leitlinien für zukünftige Umsiedlungsprogramme. Das größte Problem für die Umsetzung geordneter Umsiedlungsprojekte bleibt die Frage der Finanzierung. Denn kein pazifischer Inselstaat wird in der Lage sein, diese zu stemmen. Fidschi kämpft nicht alleine

Auswirkungen des Klimawandels auf Fidschi



„Unser Dorf Vunidogoloa ist das erste Dorf in Fidschi und im ganzen Pazifik, das wegen des Klimawandels umgesiedelt werden musste“, sagt das Dorfoberhaupt Sailosi Ramatu. „Vielleicht ist es weltweit das erste Dorf. Als die Regierung kam und uns fragte, ob wir umsiedeln wollen, haben wir sofort ja gesagt. Warum? Wir

sind von den Auswirkungen des Klimawandels direkt betroffen. Der Anstieg des Meeresspiegels und Überschwemmungen zerstören unser Land, unsere Häuser und unsere Lebensgrundlage.“

Ihr kleines Dorf an der Küste wurde so stark vom Meeresspiegelanstieg bedroht, dass ein weiteres Leben dort nicht mehr möglich war. Deshalb musste das ganze Dorf einige Kilometer bergaufwärts umsiedeln. Die Kosten dafür mussten sie zu einem Drittel selbst bezahlen. Die anderen zwei Drittel wurden von der Regierung Fidschis übernommen. Jeder Staat ist seinen Bürgern gegenüber verpflichtet, ihre Rechte und ihren Schutz zu garantieren. An diesem Beispiel wird jedoch deutlich, dass das für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels sehr

ungerecht ist. Weder der Staat Fidschi noch seine Bewohner haben jemals zum Klimawandel beigetragen. Eine Umsiedlung ist nicht nur eine ökonomische Belastung. Gemeinden benötigen auch Unterstützung bei der Vorbereitung der Umsiedlung und vor allem bei der Anpassung an neue soziale und kulturelle Umstände.

Zentral wichtig ist dabei die Frage, wie die Rechte der Betroffenen geschützt werden können. Es geht dabei darum, wie man die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Traditionen und Institutionen bewahrt, nutzt und fortführt.

„Ich finde es extrem unfair, dass wir so viel Geld für unsere Umsiedlung bezahlen mussten. Schließlich hat uns der Klimawandel gezwungen, an einen anderen Ort umzuziehen“, findet Sailosi Ramatu. Deshalb will das Dorfoberhaupt zur COP23 reisen und die politischen Entscheidungsträger auf die Nöte der kleinen Inselbewohner im Pazifik aufmerksam machen. Seine Forderung lautet: Klimagerechtigkeit für die pazifischen Inselbewohner.

Brot für die Welt „Vunidogoloa - Altes Dorf auf neuem Grund“
www.youtube.com



Das neu umgesiedelte Dorf Vunidogoloa auf Fidschi liegt nun geschützt vor Stürmen und dem Meeresspiegelanstieg.

um die Unterstützung bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen oder der Bewältigung von Klimaschäden durch die internationale Staatengemeinschaft. Alle pazifischen Inselstaaten sind überproportional stark vom Klimawandel betroffen, haben ihn jedoch nicht verursacht.

Umsiedlung über eigene Landesgrenzen hinaus

Auch der niedrig liegende Inselstaat Kiribati hat zum Schutz seiner Bevölkerung vor dem Meeresspiegelanstieg vorgesorgt. Die Regierung Kiribatis hat für 16 Millionen Fidschi Dollar (etwa 7 Millionen Euro) 6000 Acre (2428 Hektar) höherliegendes Land auf der zweitgrößten Insel Fidschis, Vanua Levu, von der Church of England gekauft. Das neue Land soll Heimat für die Menschen aus Kiribati werden, die durch den Klimawandel zur Umsiedlung gezwungen sind. Ob und inwiefern dort auch eine Staatlichkeit Kiribatis weiter bestehen kann und welche völkerrechtlichen Folgen ein solcher Umzug auf ein anderes staatliches Territorium haben wird, ist Gegenstand hitziger und häufig ratloser Debatten. Kiribati selbst besitzt kein höherliegendes Land, um alle 110.000 Bewohner von seinen 33 kleinen, niedrig liegenden Inseln innerhalb der eigenen Landesgrenzen umzusiedeln. An einigen Orten im Westpazifik beträgt der durchschnittliche Meeresspiegelanstieg

sogar 1,2 Zentimeter pro Jahr, das Vierfache des globalen Durchschnitts.

Viele Inselgruppen und Staaten werden in Zukunft überschwemmt oder versinken komplett im Meer. Schon heute haben die Schäden des Klimawandels ein so großes Ausmaß, dass ein Überleben für ihre Bevölkerung immer schwerer wird. Trinkwasserreserven gehen zur Neige. Salzwasser, das durch den Meeresspiegelanstieg in Boden und Grundwasser eindringt, erschwert den Anbau in der Landwirtschaft. Außerdem zerstören zunehmende plötzliche Wetterextreme wie Stürme die Infrastruktur der niedrig liegenden Inseln.

Schwerpunkte und Forderungen der COP-Präsidentschaft Fidschi

Fidschi hat als erster Staat den Weltklimavertrag von Paris ratifiziert. Kleine und niedrig liegende Inselstaaten wie Fidschi unterstützen stark die Umsetzung des Pariser Abkommens. Sie sorgten dafür, dass das Thema „Loss and Damage“ – die ökonomischen und nicht-ökonomischen klimabedingten Schäden und Verluste – als separater Artikel in das völkerrechtlich bindende Abkommen aufgenommen wurde.



Fialupe Solomona, Velma O'Brien und Raijeli Isala wollen nicht umsiedeln sondern auf Tuvalu bleiben.

Der polynesischer Inselstaat Tuvalu im Pazifischen Ozean ist gegenüber dem Klimawandel höchst vulnerabel. Der Anstieg des Meeresspiegels und zunehmende Extremwetterereignisse wie übermäßig hohe Gezeiten und starke Stürme gefährden den Inselstaat in seiner Existenz.

Die 13-jährige Fialupe Solomona und ihre beiden gleichaltrigen Freundinnen Velma O'Brien und Raijeli Isala können sich ein Leben außerhalb von Tuvalu nicht vorstellen, vor allem nicht seit sie wissen, dass sie nicht mehr zurückkehren können, wenn ihre Heimat unbewohnbar wird. Und das, obwohl zwei der drei Schulfreundinnen

Auslandserfahrungen haben: Fialupe wurde in Australien geboren, Velma hat sechs Jahre in Neuseeland gelebt. Sie alle sind sehr stolz darauf, dass sie Tuvaluenerinnen sind und sehen keinerlei Vorteil in einer Umsiedelung in ein Industrieland wie Neuseeland oder Australien. Sie befürchten, dass sie in einem solchen Falle ihre Landessprache verlieren würden. Außerdem haben sie Angst, dass in einem fremden Land ihre Rechte nicht geachtet werden und sie kein Leben in Würde führen können.

*Brot für die Welt „Tuvalu in Zeiten des Klimawandels“
www.youtube.com*

Als erster kleiner Inselstaat hat das Land die Präsidentschaft einer internationalen Vertragsstaatenkonferenz inne. Fidschi respektiert, dass eine COP-Präsidentschaft neutral bleiben und für die Interessen aller Staaten eine gute Balance gefunden werden muss. Dennoch setzt der Pazifikstaat Schwerpunkte, die gerade für arme und verletzbare Staaten und ihre Bewohner von existentieller Bedeutung sind. Fidschi setzt sich insbesondere für die Förderung der Klimaresilienz von vulnerablen Staaten und Gesellschaften ein. Resilienzsteigerung bedeutet, die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Menschen, Gemeinden oder ganzen Wirtschaftssektoren gegenüber veränderten

Klimabedingungen. Dies soll durch Risikoabschätzung, Katastrophenvorsorge und Anpassungsmaßnahmen geschehen, so dass die Menschen in den betroffenen Gebieten möglichst gut auf künftige negative Veränderungen in ihrem Lebensraum vorbereitet sind. Dafür müssen die Kapazitäten, sich an den Klimawandel anzupassen, gefördert werden. Niedrigliegende Inselstaaten im Pazifik benötigen Unterstützung, damit sie ihre Küsten beispielsweise durch den Anbau von Mangroven vor Springfluten und Stürmen schützen können. In Bangladesch beispielsweise helfen Deiche und Dämme die Gemeinden vor Überflutungen zu bewahren.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die den Großteil der Weltbevölkerung ernähren, aber aufgrund von Armut und vielfältiger Marginalisierung oft besonders verwundbar gegenüber Wetterextremen sind, müssen gezielt bei der Anpassung ihrer Landwirtschaft an die sich verändernden Klimabedingungen unterstützt werden. Neben kostengünstigen und nachhaltigen agrarökologischen Anbaumethoden benötigen sie dafür vor allem Zugang zu und Kontrolle über wichtige Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut.

Unter Klimaresilienz versteht man aber nicht nur Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sondern auch die Fähigkeit sich von klimabedingten Schäden und Verlusten zu rehabilitieren, beispielsweise durch den Zugang zu Klimarisikoversicherungen. Diese Versicherungen können beispielsweise im Fall einer plötzlich auftretenden Dürre einen Ernteausfall absichern.

Weltweite Partizipation und Transparenz

Der Premierminister von Fidschi und Präsident der COP23, Frank Bainimarama, versprach in seiner Rede* vom 18. Mai 2017 während der Klima-Zwischenverhandlungen in Bonn, nicht-staatliche Akteure stärker in den Entscheidungsprozess einzubinden. Tatsächlich sind partizipative und transparente Prozesse nötig, um die gemeinsamen globalen Klimaziele zu erreichen. Bainimarama fordert außerdem die Beschleunigung von Klimamaßnahmen, die die Belange der verletzlichen Bevölkerung kleiner Inselstaaten im Pazifik berücksichtigen. Denn aufgrund ihrer geringeren Anpassungskapazitäten sind die kleinen Pazifikstaaten zuerst von den Folgen des Klimawandels betroffen. Langfristig sind alle Staaten weltweit von den Folgen des Klimawandels betroffen. Deshalb bedarf es eines globalen Handelns, um den Klimawandel weltweit einzudämmen, hob der Präsident der COP23 in seiner Rede hervor.

Verhandlungsschwerpunkte

Die Präsidentschaft der COP23 muss zwei wichtige Verhandlungsprozesse weiter voran bringen, die bis 2018 abgeschlossen sein sollten. Zum einen hat die COP-Präsidentschaft die Aufgabe, das sogenannte Regelbuch fortzuführen und den Facilitative Dialog vorzubereiten. Die Präsidentschaft setzt sich dafür ein:

- die Spielregeln für alle Staaten zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens festzulegen, damit alle Staaten nach den gleichen Kriterien, zum Beispiel über ihre Anstrengungen zum Klimaschutz, berichten können. Das sogenannte „Regelbuch“ zum Parisabkommen verhindert, dass „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden und somit wichtiger Klimaschutz nicht stattfindet.
- zusammen mit der marokkanischen COP22-Präsidentschaft den Prozess für den „Facilitative Dialogue“ 2018 zu planen: Mit dem Parisabkommen haben die Staaten beschlossen, 2018 einen konstruktiven Dialog, den sogenannten „Facilitative Dialogue“ zu organisieren. In diesem Rahmen wollen sie eine globale Bestandsaufnahme der kollektiven Anstrengungen zur Erreichung des in Paris beschlossenen gemeinsamen Ziels durchführen. Der Prozess soll außerdem die nationalen Selbstverpflichtungen voranbringen. Alle Staaten haben ihre national festgelegten Beiträge dem UN-Klimasekretariat gemeldet. 2018 stellen die Staaten ihre Anstrengungen zum Klimaschutz auf den Prüfstand: Der Fokus liegt auf der Klarheit der Ziele, Transparenz und Ambitionen der Beiträge im Verhältnis zum Gesamtziel. Sie stellen dabei nicht die Ziele an sich in Frage, sondern prüfen vielmehr, welche Schritte notwendig sind, um die Implementierung der NDCs sicherzustellen und die angestrebte Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad oder möglichst 1,5 Grad zu erreichen. Die Vertragsstaatenkonferenz hat Marokko (Präsidentschaft der COP22) und Fidschi während der Präsidentschaft der COP23 damit beauftragt, inklusive und transparente Verhandlungen zur Organisation des Facilitative Dialogue 2018 zu führen.

Neben diesen beiden Hauptaufgaben setzt sich Fidschi weitere Schwerpunkte und stellt die Bedürfnisse der ärmsten und verletzlichsten Menschen besonders in den Fokus:

- Die Förderung der Anpassungsfähigkeit vulnerabler Staaten an den Klimawandel, das heißt die Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen und steigenden Meeresspiegeln stärken, den Zugang zu Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen erleichtern, die Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien und sauberem Wasser verbessern; Zugang zu bezahlbaren Klimarisikoversicherungen verbreiten und nachhaltige Landwirtschaft voranbringen.

* — Frank Bainimaramas Rede im Wortlaut: <http://newsroom.unfccc.int/cop-23-bonn/frank-bainimarama-addressed-delegates-at-the-closing-plenary-of-the-sbi-in-bonn>

„Loss and Damage“ Schwerpunktthema von Brot für die Welt

Das erste Halbjahr 2017 war laut NASA nach 2016 das zweitheißeste seit Aufzeichnungen der Wetterdaten. Die Temperatur lag 0,94 Grad über der Durchschnittstemperatur der Jahre 1950 bis 1980. Im März 2017 hat die durchschnittliche globale Erwärmung 1 Grad überschritten. Die katastrophalen Auswirkungen der Erderwärmung sind bereits weltweit spürbar.

Die jüngsten extremen Wetterereignisse wie der Hurrikan Irma in der Karibik und die Überflutungen in Asien sind Vorboten für sich verstärkende Extremwetterereignisse. Immer mehr Menschen, insbesondere Arme, sind gezwungen, temporär oder dauerhaft ihre Heimat aufgrund von Klimafolgen zu verlassen, weil extremer und häufiger werdende Wetterkatastrophen ihre Anpassungskapazitäten überschreiten.

Bisher fehlt ein rechtliches Regelwerk, das explizit die Menschenrechte der vom Klimawandel Vertriebenen schützt und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt rückt. Umso wichtiger ist es, dass die Staaten bei der COP23 den Umgang mit nicht vermeidbaren Klimaschäden in den Fokus rücken, auch wenn diese nicht direkt auf der Verhandlungsagenda stehen. Auch sollten Staaten den Schutz von Vertriebenen in den Nationalen Anpassungsplänen und Nationalen Klimaschutzbeiträgen (NAPs und NDCs) fest verankern. Klimabedingte Schäden und Verluste werden

in der extra eingerichteten Arbeitsgruppe unter der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), dem Internationalen Warschau Mechanismus (WIM) zu Klimaschäden und Verlusten, behandelt. Der WIM wird bei der COP23 seinen Arbeitsplan vorlegen.

Ergänzt wird der WIM durch bi- und multilaterale Initiativen wie beispielsweise die InsuResilience-Initiative zu Klimarisikoversicherungen. Das Ziel der unter deutscher G7-Präsidentschaft gestarteten und unter deutscher G20-Präsidentschaft fortgeführten Initiative ist es, 400 Millionen armen und gefährdeten Menschen bis zum Jahr 2020 Versicherungsschutz gegen Klimarisiken zu bieten.

Aber auch nicht-ökonomische Schäden und Verluste bedürfen weltweiter Beachtung und müssen in den Verhandlungen adressiert werden. Dazu gehören klimabedingte Schäden und Verluste, deren Wert nicht finanziell bemessen werden kann wie der Verlust von Heimat, Identität, Bräuchen, Sprache, Kultur, Territorium oder gar der Verlust von Menschenleben.

Klimabedingte Migration, Vertreibung oder Flucht werden ebenso unter dem Verhandlungsthema „Klimabedingte Schäden und Verluste“ behandelt. Der Umgang mit klimabedingter Migration wird bei dieser COP keinen Schwerpunkt der Verhandlungen darstellen, da die extra eingerichtete Arbeitsgruppe unter dem Warschau-Mechanismus ihre Empfehlungen erst zur COP24 in einem Jahr übermitteln wird.



Sailosi Ramatu zeigt, wo das Dorf Vunidogoloa stand, bevor es wegen den Auswirkungen des Klimawandels umsiedeln musste.

Brot für die Welt fordert die neue Bundesregierung auf, ihr Engagement in der „Platform for Disaster Displacement“ fortzuführen und sich darüber hinaus stärker für den Schutz der Menschenrechte der Betroffenen einzusetzen, zum Beispiel indem legale, internationale Migrationsmöglichkeiten eröffnet werden. Denn es braucht über die humanitäre Hilfe hinaus auch langfristige Perspektiven und Sicherheit für die Betroffenen, insbesondere dann, wenn sie nicht in ihre unbewohnbar gewordene Heimat zurückkehren können. Die internationale Gemeinschaft sollte insbesondere die Hauptverursacherstaaten und -akteure – dazu gehören auch Deutschland und die EU, aber beispielsweise auch weltweit agierende Energiekonzerne – stärker in die Verantwortung nehmen. Sie sollte die Betroffenen beim Umgang mit Klimaschäden unterstützen, ihre Rechte schützen und garantieren und sie finanziell für die verursachten Schäden entschädigen.

Forderungen von Brot für die Welt zu „Loss and Damage“ für die COP23:

- Ambitionierter Arbeitsplan des Warschau-Mechanismus und Finanzierung für dessen Umsetzung: Der von der COP zu beschließende Arbeitsplan des Warschau-Mechanismus sollte ambitioniert ausfallen und einen starken Fokus auf die Ärmsten und auf deren Betroffenheit durch unvermeidbare Klimafolgen haben. Die Finanzierung seiner Umsetzung durch das Klimasekretariat und Andere muss durch Beiträge insbesondere der Industrieländer gesichert sein.
- Arbeitsprozess zu Finanzquellen starten: Die COP23 sollte als Teil des WIM-Arbeitsplans einen Prozess beschließen, konkrete Vorschläge für zusätzliche (unter anderem verursacherbasierte) Finanzquellen und deren Verwendung im Umgang mit Klimafolgen und -schäden erarbeiten.
- Klimainduzierte Migration in 2018 entschlossen angehen: Die COP23 sollte einen klaren Aufruf an migrationsrelevante internationale Verhandlungsprozesse außerhalb der Klimarahmenkonvention (UN Global Compact for Migration and Global Compact on Refugees, WIM Task Force) beschließen, um im Jahr 2018 die Ursachen und Folgen klimainduzierter Migration entschlossen, differenziert und koordiniert anzugehen und den Bedürfnissen und Rechten der Betroffenen gerecht zu werden.

- Dauerhafte Verankerung von „Loss & Damage“ auf der Subsidiary Body (SB)-Agenda: Loss & Damage sollte auch auf der Agenda der jährlich stattfindenden Zwischenverhandlungen in Bonn (Mai/Juni), dem Paris-Verhandlungsstrang sowie dem „Global Stocktake“ verankert werden. Dies ist bisher nicht der Fall.

Forderungen von Brot für die Welt an die Bundesregierung

Während Deutschland auf der internationalen Bühne in den UN-Klimarahmenverhandlungen und in der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Klimapolitik eine sehr aktive und konstruktive Rolle einnimmt, bleibt die nationale Klimapolitik weit hinter den selbst gesetzten Zielen zurück. Deutschlands Emissionsreduktionen stagnieren bei einer Reduzierung von etwa 28 Prozent (gemessen am Basisjahr 1990). Ohne sofortige Maßnahmen wie der Stilllegung von weiteren Kohlekraftwerken ist das 40 Prozent-Treibhausgasreduktionsziel bis 2020 nicht mehr zu erreichen.

Gerade in Zeiten, in denen die USA ihre klimapolitischen Zusagen zurückziehen, muss Deutschland international wieder eine Vorreiterrolle einnehmen. Um international ernst genommen zu werden, muss Deutschland seine nationalen Klimaziele ebenfalls ernst nehmen. Brot für die Welt fordert von der neuen Bundesregierung eine ambitionierte Klimapolitik. Dafür bedarf es einer ambitionierten Konkretisierung und Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Ein gesetzlich verankerter, schneller und sozialverträglich organisierter Kohleausstieg ist dabei ebenso entscheidend wie der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Beginn einer ökologischen Verkehrswende.

Die Industrieländer haben versprochen, ab 2020 jährlich über 100 Milliarden US-Dollar für Treibhausgasreduktion und Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen. Dies bedeutet auch für die neue Bundesregierung ihren Versprechen nachzukommen und ihren fairen Beitrag an den 100 Milliarden-US-Dollar-Zusagen zu leisten.

Die Lücke zwischen dem Finanzbedarf für Anpassungsmaßnahmen und der geleisteten Klimafinanzierung durch die Industrieländer ist enorm hoch und muss geschlossen werden. Zudem führen die wachsenden Klimaschäden zu zusätzlichen Kosten. Die neue Bundesregierung muss sich bei der COP23

deutlich zu dem bisherigen Versprechen bekennen, die Klimafinanzierung, insbesondere durch zusätzliche Haushaltsmittel für Anpassung, weiter zu erhöhen.

Brot für die Welt bei der COP23 in Bonn

Zentrales Anliegen unserer klimapolitischen Arbeit ist es, den Klimawandel und seine Folgen für Mensch und Natur einzudämmen. Daher setzen wir uns gemeinsam mit unseren Netzwerken, ökumenischen Bündnissen und Partnerorganisationen für eine ambitionierte Ausgestaltung und Umsetzung des Pariser Vertrages auf nationaler und internationaler Ebene ein. Ganz konkret unterstützen wir in unseren Projekten besonders verletzte Bevölkerungsgruppen, sich an den Klimawandel anzupassen und widerstandsfähiger gegenüber Wetterextremen zu werden.

Vor Ort in Bonn fordert unser Team gemeinsam mit Partnern aus dem Globalen Süden Klimagerechtigkeit für die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen. Gerne stehen wir Ihnen für Informationen und Gespräche zur Verfügung.

- Johannes Grün,
Referatsleiter Wirtschaft und Umwelt
- Sabine Minninger,
Referentin internationale Klimapolitik
- Dr. Joachim Fünfgelt,
Referent internationale Energiepolitik
- Sophia Wirsching,
Referentin Migration und Entwicklung
- Eike Zaumseil,
Referent Klimawandel und Landwirtschaft

Medien- und Gesprächsanfragen richten Sie bitte an unseren Pressekoordinator Andreas Behn, E-Mail: andreas.behn@npla.de, Mobil: 0157-71971196

Unsere weiterführenden Publikationen:

- Non-Economic Loss And Damage - With Case Examples from Tanzania, Ethiopia, El Salvador and Bangladesh, (2017), Discussion Paper, Brot für die Welt
- Deutschland muss in der Klimapolitik liefern!, (2017), Gemeinsames Diskussionspapier von Klimallianz und VENRO

- Guiding Principles and Lessons Learnt for a Just Energy Transition, (2017), Friedrich-Ebert-Stiftung und Brot für die Welt
- 100% Renewable Energy for Sustainable Development, (2017), World Future Council und Brot für die Welt
- Ambition, Teilhabe und Wirkung - Die NDC-Partnerschaft als Katalysator zur Umsetzung nationaler Klimabeiträge in Entwicklungsländern nutzen, (2017), Brot für die Welt und Friedrich-Ebert-Stiftung
- Migration, Vertreibung & Flucht infolge des Klimawandels - Handlungsbedarf für die Bundesregierung, (2017), Gemeinsames Positionspapier von der Klima Allianz Deutschland und VENRO

Termine vor und während der COP23:

Conference of Youth (COY) zur COP23

2.-5.11.2017
www.coy13.org

Peoples Climate Summit

3.-7.11.2017
www.pcs2017.org

Demonstration „Klima schützen - Kohle stoppen!“

4.11.2017
www.klima-kohle-demo.de

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Evang. Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Telefon 030 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autoren Joachim Fünfgelt, Johannes Grün, Sabine Minninger,
Sophia Wirsching, Eike Zaumseil

Redaktion Ellen Köhler, Sabine Minninger

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Fotos Sabine Minninger (S. 3, 4), Carsten Stormer (Cover),
Benjamin von Brackel (S. 2, 6)

Layout János Theil

Druck dieUmweltDruckerei, Hannover

Art.-Nr. 129 502 700

Oktober 2017

Spenden

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB